



2004

Statistik Kommunal

Wangen im Allgäu



Statistisches
Landesamt
Baden-Württemberg



Statistisches
Landesamt
Baden-Württemberg

Impressum

Statistik Kommunal 2004

Artikel-Nr. 8035 04001

Herausgeber

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Fotonachweis

Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart 2004
Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

2004

Statistik Kommunal

Wangen im Allgäu

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung und Konzeption:** Jutta Demel ■ **Autoren:** Werner Brachat-Schwarz, Jutta Demel, Reinhard Güll, Hans Jörg Hoffmann ■ **Datenaufbereitung:** Bettina Kopecky, Harald Pfitzer, Walter Weltin ■ **Programmierung:** Wilfred Berger, Thomas Rein ■ **Redaktion:** Magdalena Janal ■ **Technik/DTP:** Willi Engel, Claudia Hierath, Wolfgang Werner

Einführung und Inhalt

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg veröffentlicht mit dieser Ausgabe erstmals eine Themen übergreifende gemeindespezifische Publikation: Statistik Kommunal. Es folgt damit dem Beispiel anderer Statistischer Landesämter, gemeinderelevante Daten in knapper und übersichtlicher Form darzustellen. Die Publikation bietet in 16 Tabellen und 9 Schaubildern mit rund 1 000 Daten wichtige statistische Informationen für jede einzelne der 1 111 Gemeinden Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, „Verkehr“ bis hin zu „Kommunal финанzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Grundsätzlich ist die zeitliche Entwicklung aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume verstreichen.

Für Statistik Kommunal wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des Landesinformationssystem Baden-Württembergs verwendet. Bedingung für die Aufnahme der Daten war, dass diese auf Gemeindeebene vorliegen. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige gemeindespezifischen Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Bildung	10
Wahlen	11
Landwirtschaft	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Verkehr	14
Wohnen	15
Wasserwirtschaft	16
Kommunal финанzen und Gemeindepersonal	17
Fußnoten	18
Erläuterungen und Definitionen	19

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2003	ha	10 128
Bevölkerung		
Bevölkerung 2003	Anzahl	26 817
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2003	Anzahl	+ 13
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2003	Anzahl	+ 216
Bevölkerungszu-/abnahme 2003	Anzahl	+ 229
Bildung ¹⁾		
Schüler an allgemein bildenden Schulen insgesamt 2003/2004	Anzahl	4 587
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2003/2004	Anzahl	1 929
Schüler an Realschulen 2003/2004	Anzahl	860
Schüler an Gymnasien 2003/2004	Anzahl	1 098
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2003/2004	Anzahl	331
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2003	Anzahl	273
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2003	ha	6 648
Beschäftigung und Arbeitsmarkt		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2003	Anzahl	9 929
Pendlersaldo 2003	Anzahl	+ 1 285
Arbeitslose insgesamt 2003	Anzahl	640
Arbeitslose Frauen 2003	Anzahl	286
Langzeitarbeitslose 2003	Anzahl	129
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2003	Anzahl	18 601
Straßenverkehrsunfälle 2003 ²⁾	Anzahl	170
Verunglückte Personen 2003	Anzahl	161
Wohnen		
Wohngebäude 2003	Anzahl	5 537
Wohnungen 2003 ³⁾	Anzahl	11 427
Gemeindefinanzen ⁴⁾		
Steuerkraftmesszahl 2003	1 000 EUR	12 271
Steuerkraftsumme 2003	1 000 EUR	19 305
Schuldenstand 2003	1 000 EUR	7 535
Gewerbesteuerhebesatz 2003	%	330
Tourismus ⁵⁾		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2003	Anzahl	22
Betten insgesamt 2003	Anzahl	814
Ankünfte insgesamt 2003	Anzahl	32 616
Übernachtungen insgesamt 2003	Anzahl	121 546
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2003	Anzahl	4 229

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2001	%	13	9	13
Waldfläche 2001	%	21	29	38
Landwirtschaftsfläche 2001	%	64	60	47
Bevölkerung				
Ausländeranteil 2003	%	11	8	12
Durchschnittsalter 2003	Jahre	40,7	39,8	40,8
Geburtenrate ⁶⁾ 2000 bis 2003	Anzahl	50	49	46
Bevölkerungsdichte 2003	Einw/km ²	265	168	299
Bildung¹⁾				
Übergänge auf Hauptschulen 2003/2004	%	34	38	32
Übergänge auf Realschulen 2003/2004	%	34	32	32
Übergänge auf Gymnasien 2003/2004	%	31	30	35
Bundestagswahl 2002				
Wahlbeteiligung	%	79,4	78,6	78,6
Zweitstimmenanteile der Parteien: ⁷⁾				
CDU	%	44,9	51,6	43,2
SPD	%	31,4	26,2	33,6
FDP/DVP	%	6,4	6,3	7,5
GRÜNE	%	12,3	11,1	11,1
Beschäftigung				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2003	%	46	41	42
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2003	%	19	21	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2003	%	34	38	36
Verkehr				
PKW je 1 000 Einwohner 2003	Anzahl	555	557	566
PKW-Anteil am KFZ-Bestand 2003	%	79	77	82
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2003	%	64	63	58
Wohnfläche je Einwohner 2003	m ²	39	39	40
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2001	Liter/Tag	135	131	124
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2003	EUR/m ³	3,10	.	3,77
Gemeindefinanzen⁴⁾				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2003	EUR	463	526	652
Steuerkraftsumme je Einwohner 2003	EUR	729	737	843
Schuldenstand je Einwohner 2003	EUR	282	462	563
Tourismus⁵⁾				
Durchschnittliche Bettenauslastung 2003	%	43	51	37
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2003	Tage	4	5	3

Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
- 0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

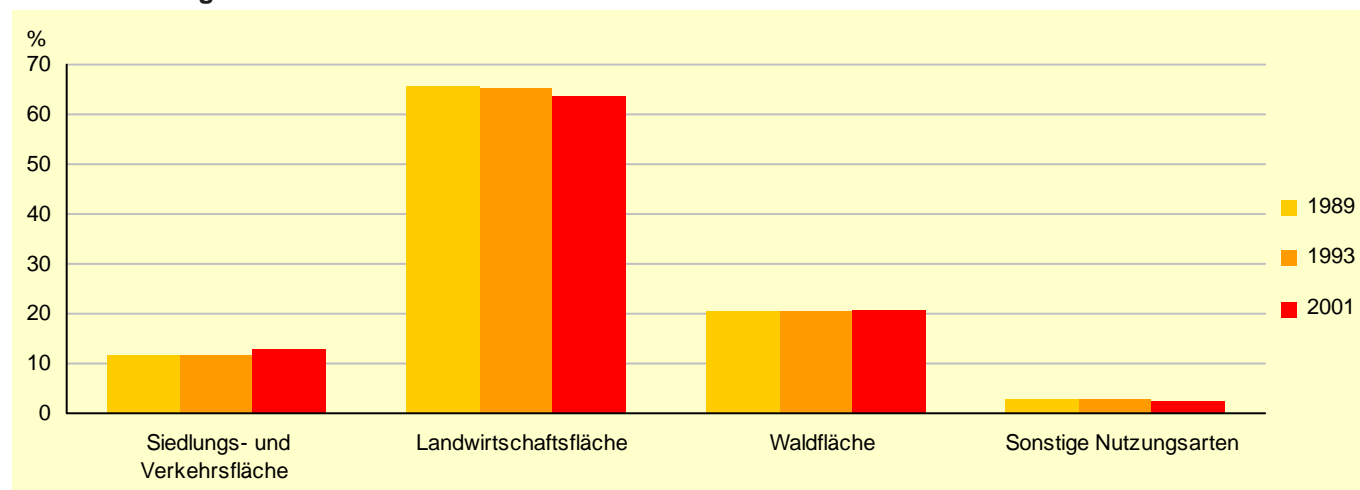
Die Landesfläche Baden-Württembergs umfasst 35 752 km². Damit ist der Südweststaat etwas größer als Belgien und nur wenig kleiner als die Schweiz. Die Gemeinde im Land mit der größten Fläche ist Stuttgart mit 207 km², gefolgt von Baiersbronn (Landkreis Freudenstadt) mit 190 km².

Im Jahr 2001 war knapp die Hälfte der gesamten Landesfläche Landwirtschaftsfläche. Rund zwei Fünftel waren bewaldet. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche entsprach einem Anteil von gut 13 % der gesamten Landesfläche. Ende der 80er-Jahre lag dieser noch bei knapp 12 %. Im Zeitraum von 1997 bis 2001 wurden landesweit täglich etwa 12 ha Fläche für Baumaßnahmen in Anspruch genommen, das entspricht rund 22 Fußballfeldern. Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist hauptsächlich auf die Wohnbautätigkeit und die Erschließung neuer Gewerbe- und Industriegebiete zurückzuführen – fast ausschließlich auf Kosten der Landwirtschaftsfläche. In den Kommunen der Verdichtungsräume liegt der Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen deutlich höher als in den Gemeinden der eher ländlichen Gebiete, hier sind hingegen die höchsten Zunahmen zu verzeichnen. In Kornwestheim, der Stadt mit dem landesweit größten Anteil, ist mit 59 % bereits mehr als die Hälfte des Stadtgebietes Siedlungs- und Verkehrsfläche. In der Gemeinde Simonswald im Landkreis Emmendingen ist dieser Anteil mit 2,4 % am geringsten.

Gemeindefläche nach der tatsächlichen Nutzung

Nutzungsart	1989		1993		1997		2001	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	10 127	100	10 128	100	10 128	100	10 128	100
Landwirtschaftsfläche	6 630	65	6 591	65	6 553	65	6 466	64
Waldfläche	2 057	20	2 079	21	2 056	20	2 092	21
Wasserfläche	195	2	209	2	210	2	210	2
Übrige Nutzungsarten	75	1	71	1	58	1	49	–
Siedlungs- und Verkehrsfläche	1 170	12	1 179	12	1 250	12	1 311	13
Darunter								
Gebäude- und Freifläche	741	63	655	56	677	54	726	55
Verkehrsfläche	341	29	427	36	480	38	489	37
Erholungsfläche	44	4	55	5	51	4	55	4

Flächennutzung in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Entwicklung der Bevölkerung und deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen sowie dem Ausweisen von Bauland. Allein seit Ende 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, hat sich die Bevölkerungszahl landesweit um 9 % erhöht. Innerhalb dieses Zeitraums stieg die Einwohnerzahl in über 90 % der 1 111 baden-württembergischen Kommunen. Das Bevölkerungswachstum des Landes beruht überwiegend auf Wanderungsgewinnen und zu einem geringen Teil auf einem Geburtenüberschuss. Seit dem Jahr 2001 ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, in dem noch mehr Kinder geboren werden als Menschen sterben.

Die Bevölkerung Baden-Württembergs war Ende des Jahres 2003 im Durchschnitt 40,8 Jahre alt. 1970 lag das Durchschnittsalter noch bei 34,9 Jahren. Mit durchschnittlich 32,9 Jahren lebt die jüngste Bevölkerung des Landes in der Gemeinde Riedhausen im Landkreis Ravensburg. Am ältesten ist sie mit 47,7 Jahren in Untermarchtal (Alb-Donau-Kreis) – aufgrund der dort ansässigen Klosterbevölkerung. In der Regel ist ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung auf geringe Geburtenhäufigkeiten, auf Wegzüge junger Familien mit kleinen Kindern sowie auf vom Kurbetrieb geprägte oder als Altersruhesitz bevorzugte Gemeinden zurückzuführen.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	7 068	50	50	77	1990	24 589	48	52	243
1890	8 095	50	50	88	1993	25 727	49	51	254
1900	8 908	52	48	97	1995	25 721	48	52	254
1910	10 297	50	50	112	1996	25 800	48	52	255
1925	11 715	51	49	127	1997	25 753	48	52	254
1933	12 754	50	50	139	1998	25 859	48	52	255
1939	13 467	49	51	146	1999	25 982	48	52	257
1950	17 196	47	53	187	2000	26 254	48	52	259
1961	19 772	47	53	188	2001	26 351	48	52	260
1970	21 895	48	52	208	2002	26 588	48	52	263
1987	23 588	48	52	233	2003	26 817	48	52	265

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen					Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)					
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
									Anzahl							
1995	260	217	+	43	+	2	1 303	1 402	-	99	-	4	-	56	-	2
1996	302	233	+	69	+	3	1 282	1 272	+	10	0	+	79	+	3	
1997	300	259	+	41	+	2	1 222	1 310	-	88	-	3	-	47	-	2
1998	298	235	+	63	+	2	1 358	1 315	+	43	+	2	+	106	+	4
1999	280	206	+	74	+	3	1 333	1 284	+	49	+	2	+	123	+	5
2000	292	216	+	76	+	3	1 444	1 248	+	196	+	8	+	272	+	10
2001	261	231	+	30	+	1	1 255	1 188	+	67	+	3	+	97	+	4
2002	266	232	+	34	+	1	1 381	1 178	+	203	+	8	+	237	+	9
2003	241	228	+	13		0	1 392	1 176	+	216	+	8	+	229	+	9

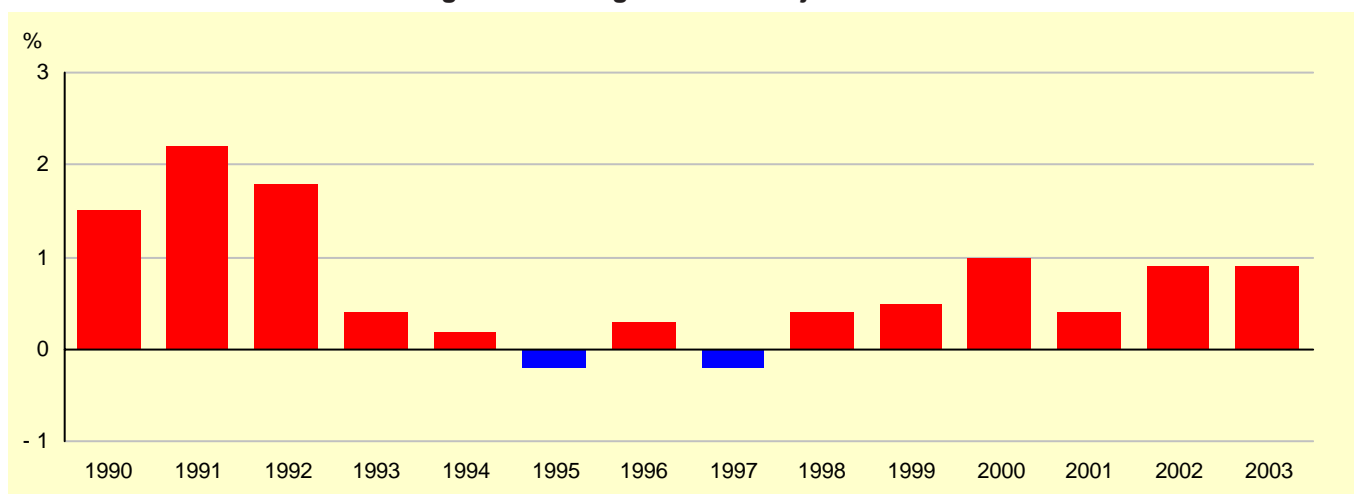
Bevölkerungsstruktur 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	801	3	381	3	420	3	3	3	3
3 - 6	907	3	432	3	475	3	3	3	3
6 - 15	3 057	11	1 510	12	1 547	11	10	11	10
15 - 18	1 027	4	506	4	521	4	3	4	3
18 - 25	2 015	8	1 012	8	1 003	7	8	8	8
25 - 40	5 630	21	2 888	22	2 742	20	22	23	21
40 - 65	8 623	32	4 296	33	4 327	31	33	34	33
65 - 75	2 573	10	1 196	9	1 377	10	10	9	10
75 und mehr	2 184	8	733	6	1 451	10	7	5	10
Insgesamt	26 817	100	12 954	100	13 863	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	40,7		39,5		41,8		40,8	39,3	42,2

Zum Vergleich: Bevölkerungsstruktur 1990

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	1 018	4	491	4	527	4	4	4	3
3 - 6	829	3	418	4	411	3	3	3	3
6 - 15	2 519	10	1 279	11	1 240	10	9	10	9
15 - 18	890	4	461	4	429	3	3	3	3
18 - 25	2 714	11	1 358	12	1 356	11	11	12	10
25 - 40	5 391	22	2 679	23	2 712	21	24	26	23
40 - 65	7 374	30	3 726	32	3 648	28	31	32	30
65 - 75	2 005	8	715	6	1 290	10	7	6	9
75 und mehr	1 849	8	620	5	1 229	10	7	4	9
Insgesamt	24 589	100	11 747	100	12 842	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	38,6		36,7		40,4		38,7	36,7	40,6

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



Bildung

Mit einem nahezu flächendeckenden Angebot an öffentlichen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien hat sich Baden-Württemberg für die Beibehaltung des traditionellen dreigliedrigen Schulsystems entschieden. Zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler gibt es ein differenziertes Sonderschulwesen mit der Möglichkeit, die Abschlüsse der allgemein bildenden Schulen zu erreichen. An den Berufsschulen des Landes findet die Ausbildung im Dualen System statt. An weiteren Schularten können neben beruflichen auch allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. Aufgrund eines Privatschulgesetzes können in Baden-Württemberg private Ersatz- und Ergänzungsschulen gegründet werden. Landesweit bestehen gegenwärtig rund 600 Privatschulen, darunter auch Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs, private berufliche Schulen sowie die freien Waldorfschulen und privaten Sonderschulen. Lediglich 77 Gemeinden verfügen über keine eigenständige allgemein bildende Schule, sondern allenfalls über eine Außenstelle. Die Schüler- und Lehrerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.

Nach einem landesweiten Rückgang der Schülerzahlen in den 80er Jahren ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemein bildenden Schulen seit 1990 wieder auf rund 1,3 Mill. im Schuljahr 2003/2004 gestiegen. Die derzeitigen Vorausrechnungen gehen davon aus, dass die Schülerzahlen ab 2005 wieder sinken werden.

Allgemein bildende Schulen Schuljahr 2003/2004

Schularten	Schulen ¹⁾ ins- gesamt	Schüler ²⁾ ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter Vollzeit- beschäftigte	Schüler je Lehrkraft ³⁾	Schüler je Klasse ⁴⁾
				weiblich	aus- ländisch				
Anzahl	Anzahl	%		Anzahl					
Grundschulen	8	1 204	1 204	52	12	140	68	18	21
Hauptschulen	4	725	725	43	17				20
Sonderschulen	4	228	87	.	.	11	6	9	10
Realschulen	1	860	860	51	4	49	26	21	31
Gymnasien	1	1 098	1 098	.	.	81	36	17	27
Freie Waldorfschulen	1	472
Andere Schularten ⁵⁾	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Insgesamt	19	4 587	3 974	.	.	281	136	X	X

Zum Vergleich: Allgemein bildende Schulen Schuljahr 1990/1991

Schularten	Schulen ¹⁾ ins- gesamt	Schüler ²⁾ ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter Vollzeit- beschäftigte	Schüler je Lehrkraft ³⁾	Schüler je Klasse ⁴⁾
				weiblich	aus- ländisch				
Anzahl	Anzahl	%		Anzahl					
Grundschulen	8	1 112	1 112	52	9	116	63	18	22
Hauptschulen	4	522	522	49	27				19
Sonderschulen	2	162	64	.	.	10	7	7	9
Realschulen	1	593	593	50	5	44	27	16	25
Gymnasien	1	799	799	.	.	61	43	15	27
Freie Waldorfschulen	1	460
Andere Schularten ⁵⁾	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Insgesamt	17	3 648	3 090	.	.	231	140	X	X

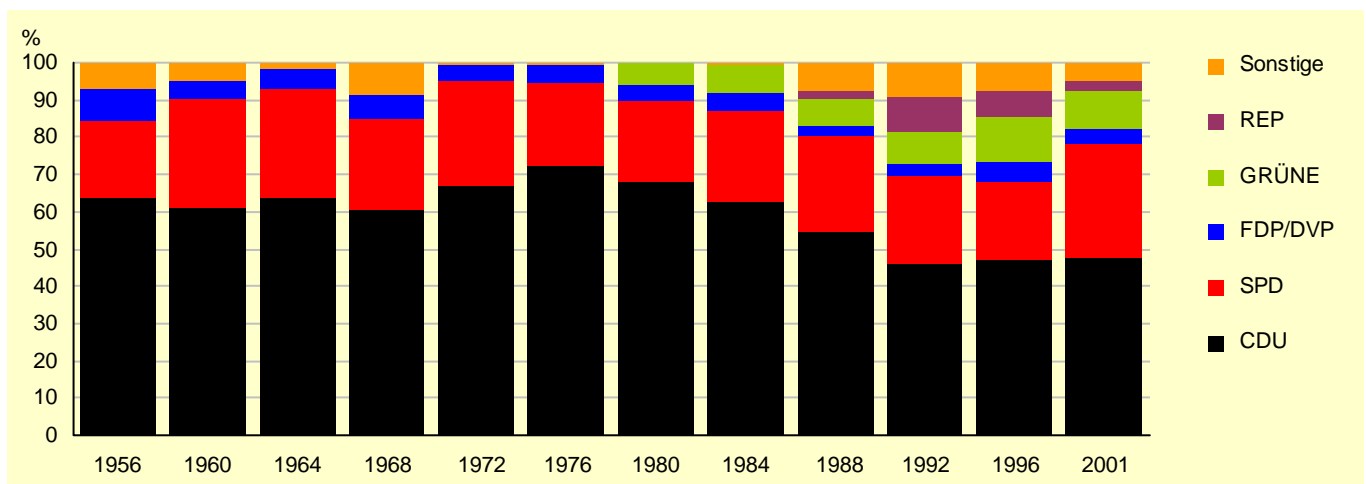
Wahlen

Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Hierbei gibt es durchaus regionale Besonderheiten des Wahlverhaltens im deutschen Südwesten. Das Ergebnis der Landtagswahl 2001 war in Baden-Württemberg insgesamt eine Konsolidierung des in Jahrzehnten geprägten parteipolitischen Gesichts des Landes. So konnte die CDU ihre Stellung als stärkste Partei im Lande nicht nur behaupten, sondern erneut ausbauen. Die SPD ging nach fast 30 Jahren stetig abnehmendem Zuspruchs im Land deutlich gestärkt aus der letzten Landtagswahl hervor und konnte erstmals seit 1988 wieder einen Stimmenanteil von über 30 % erreichen. Die FDP/DVP nahm – ungeachtet leichter Verluste – in ihrem „Stammland“ wieder den Rang als dritte Kraft ein, den sie bis zur Wahl 1984 innegehabt hatte. Die GRÜNEN – seit 1980 in einer fast stetigen Aufwärtsbewegung – mussten bei der Landtagswahl 2001 zum ersten Mal auf relativ hohem Niveau deutliche Stimmverluste verbuchen. Die REPUBLIKANER, die 1992 und 1996 im Landtag vertreten waren, verfehlten zur Wahl 2001 die Fünfprozenthürde. Die seit Anfang der 70er-Jahre bei Wahlen allgemein rückläufige Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg setzte sich bei der Landtagswahl 2001 weiter fort: mit knapp 63 % wurde die zweitniedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen des Landes verzeichnet. Inwieweit das Wahlverhalten in Ihrer Gemeinde dem hier aufgezeigten Landestrend entspricht, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

Wahlergebnisse

Wahl	Wahl-berechtigte	Wähler	Wahl-beteiligung	Stimmenanteile ¹⁾					
				CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP ²⁾	REP	Sonstige
				% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte					
Landtagswahl 2001	18 381	9 873	59,4	47,7	30,3	10,1	4,2	2,9	4,9
Landtagswahl 1996	18 132	10 266	61,9	47,1	20,6	12,3	5,4	7,3	7,3
Veränderung	+ 249	- 393	- 2,5	+ 0,6	+ 9,7	- 2,2	- 1,2	- 4,4	- 2,4
Bundestagswahl 2002	18 618	12 339	79,4	44,9	31,4	12,3	6,4	0,8	4,3
Bundestagswahl 1998	18 145	12 401	80,3	39,2	33,5	10,3	6,5	4,2	6,2
Veränderung	+ 473	- 62	- 0,9	+ 5,6	- 2,2	+ 2,0	- 0,1	- 3,5	- 1,9
Europawahl 2004	18 939	8 884	51,7	51,4	15,7	15,1	4,9	1,6	11,4
Europawahl 1999	18 217	6 769	39,7	55,0	23,7	10,1	2,8	1,8	6,6
Veränderung	+ 722	+ 2 115	+ 12,0	- 3,6	- 7,9	+ 4,9	+ 2,1	- 0,3	+ 4,7

Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



Landwirtschaft

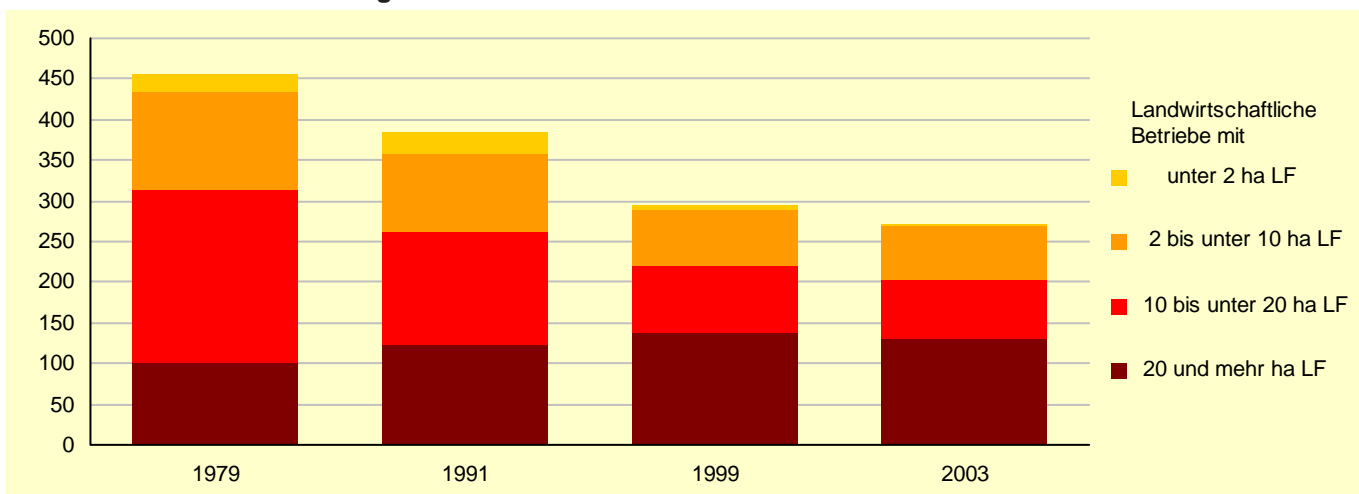
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben in Baden-Württemberg zu einem deutlichen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe geführt. Allein in den letzten 25 Jahren sind von den knapp 132 000 landwirtschaftlichen Betrieben weniger als die Hälfte übrig geblieben. Die Existenz der Betriebe war und ist weniger von der Qualität der Böden, als von der Ausstattung mit Kapital, dem unternehmerischen Geschick der Landwirte und nicht zuletzt von der Agrarpolitik der Europäischen Union bestimmt. Im Zuge des Strukturwandels hat die Betriebsgröße landesweit stark zugenommen. Die Landwirte bewirtschafteten 2003 durchschnittlich 22 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF). 1979 lag die Größe der Betriebe im Landesdurchschnitt noch bei 11 ha. Charakteristisch für die Landwirtschaft des Landes bleibt trotzdem weiterhin die große Anzahl von Kleinbetrieben.

Im Jahr 2003 waren von den landesweit knapp 15 000 km² landwirtschaftlich genutzter Fläche 58 % Ackerland, 39 % Dauergrünland und 3 % Dauerkulturen (z.B. Rebland, Obstanbauflächen). Zahlreiche Sonderkulturen wie Tabak, Hopfen oder Spargel bereichern die vielfältige Landwirtschaft Baden-Württembergs. In einigen Landesteilen ist die Agrarproduktion durch Tierzucht und Tierhaltung geprägt.

Landwirtschaft*)

Jahr ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
		Haupterwerbsbetriebe		Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
	Anzahl	ha	%			ha	insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter	
							Anzahl				
1979	456	362	6 590	3	96	1	14	14 397	35	7 005	27
1983	439	341	6 595	3	96	–	15	14 049	37	7 361	33
1987	421	318	6 561	3	97	–	16	13 971	38	6 600	35
1991	384	277	6 482	3	96	–	17	14 189	43	5 287	34
1995	343	231	6 449	3	96	–	19	13 770	48	4 020	37
1999	293	196	6 391	4	96	–	22	12 953	52	2 623	49
2001	275	.	6 612	4	96	–	24	12 899	57	2 300	58
2003	273	173	6 648	4	96	–	24	12 454	55	2 095	50

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

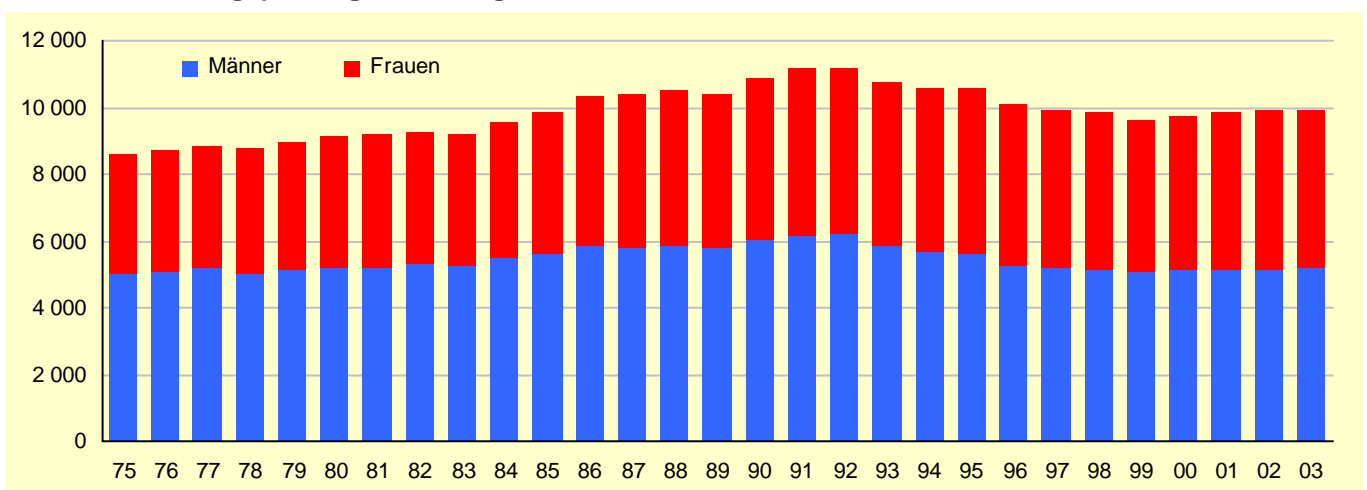
Nach einer längeren Periode mit günstiger Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg hat die anhaltende konjunkturelle Flaute im Jahr 2003 erstmals deutliche Spuren hinterlassen: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank gegenüber 2002 um 1,7 %. Betroffen war vor allem das Produzierende Gewerbe. Die Wirtschaftsflaute ergriff aber auch die Dienstleistungsbetriebe, die der Wirtschaft im Südwesten in den letzten Jahren mit die stärksten Beschäftigungsimpulse gegeben hatten. Durch die jahrelange Expansion des Dienstleistungsbereichs hat sich dessen Anteil an den Beschäftigten landesweit insgesamt von 45 % (1990) auf zuletzt 56 % erhöht. Die Arbeitsplatzzentren im Land sind weiterhin vor allem größere Städte mit sehr hohen Einpendlerüberschüssen. Hier liegt die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohnern erheblich über dem Landesdurchschnitt von 355.

Von den knapp 3,8 Mill. Beschäftigten im Jahr 2003 waren etwa 44 % Frauen. Die Gründe dafür, dass der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt in den einzelnen Kommunen unterschiedlich ist, sind vielfältig. Mitentscheidend dürfte die regionale Branchenstruktur sein: Der tertiäre Sektor bietet für Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten als der produzierende Bereich. Zudem hat auch die regional unterschiedliche Bevölkerungs- und Familienstruktur Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose

Jahr (30.6.)	Beschäftigte ¹⁾		Und zwar ²⁾					Arbeits- lose insgesamt ³⁾	Und zwar			
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Aus- länder	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	Aus- länder	Langzeit- arbeits- lose ⁴⁾	unter 25 Jahre
1975	8 586	371	41	12	62	15	22
1980	9 147	394	44	11	61	14	23
1985	9 862	428	43	9	60	14	24
1990	10 837	443	45	9	60	13	25
1995	10 567	410	47	10	54	14	31	512	39	25	21	16
2000	9 760	374	47	9	46	20	33	480	50	21	29	11
2001	9 850	375	48	9	46	20	33	510	50	22	22	13
2002	9 889	373	48	9	45	20	34	566	46	25	21	13
2003	9 929	371	48	8	46	19	34	640	45	23	20	11

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Verkehr

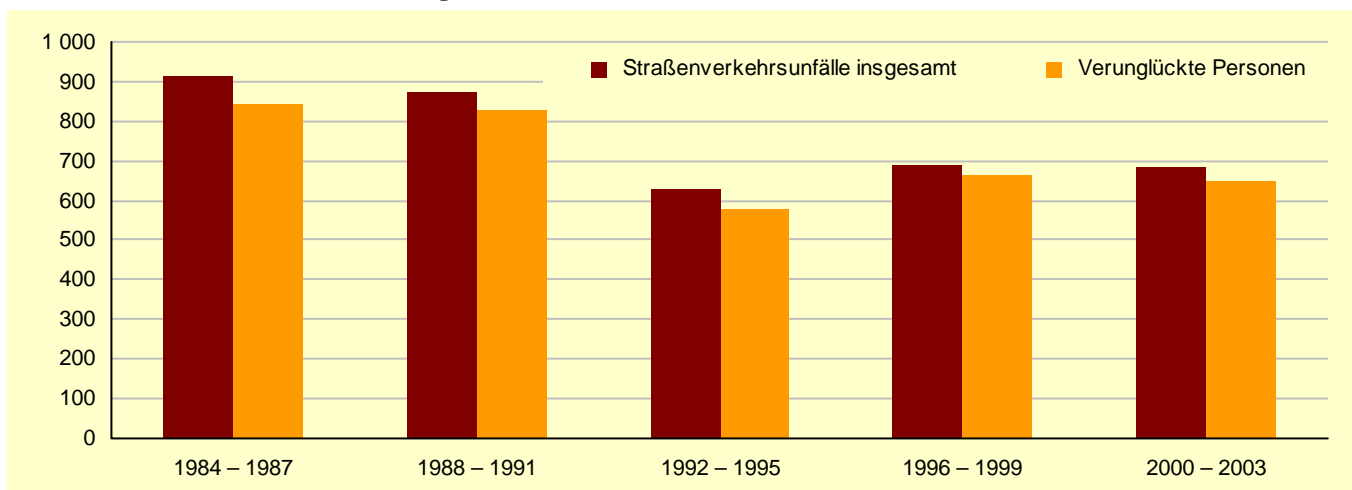
Im Jahr 2003 waren in Baden-Württemberg rund 7,3 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Damit hat sich seit 1950 der gesamte KFZ-Bestand des Landes um mehr als das 20fache erhöht, die Zahl der Personenkraftwagen (PKW) sogar auf das 68fache. Der enorme Anstieg des PKW-Bestandes ist auch demografisch bedingt, für die Entwicklung entscheidender ist jedoch die stetige Zunahme des Motorisierungsgrades. Landesweit kommen derzeit 566 PKW auf 1 000 Einwohner. Die regionalen Unterschiede sind allerdings erheblich, auch bedingt durch die Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge größerer Unternehmen auf einzelne Orte. Am höchsten ist der die PKW-Dichte mit 939 PKW pro 1 000 Einwohner in Neckarsulm (Landkreis Heilbronn). Mit 406 PKW pro 1 000 Einwohner weist Schwarzach im Neckar-Odenwald-Kreis hingegen den geringsten Motorisierungsgrad auf. Tendenziell ist die PKW-Dichte in größeren Städten sowie in verdichteten Gebieten geringer. Ursachen hierfür sind das konzentrierte Angebot an Arbeitsplätzen und Infrastruktureinrichtungen sowie der besser ausgebaute öffentliche Personennahverkehr.

Bei knapp 60 000 Verkehrsunfällen im Jahr 2003 verunglückten auf den Straßen Baden-Württembergs rund 56 000 Personen, 775 wurden getötet. Die Zahl der Verkehrstoten war damit seit Einführung dieser Statistik noch nie so niedrig. Entspricht die Entwicklung Ihrer Gemeinde dem Landestrend? Sehen Sie selbst.

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			PKW je 1000 Einwohner	Straßenverkehrsunfälle ³⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		PKW	Krafträder ²⁾						
Anzahl				Anzahl					
1985	12 167	9 985	826	434	223	153	209	7	92
1991	15 154	12 524	917	505	184	130	167	5	56
1993	16 233	13 397	1 047	521	159	108	146	2	58
1995	16 726	13 692	1 127	531	144	105	141	3	39
1997	17 201	13 851	1 327	539	191	139	199	4	50
1999	17 691	14 177	1 490	546	164	107	151	1	43
2000	17 770	14 165	1 564	543	167	121	164	2	49
2001	18 060	14 393	1 594	548	181	132	178	2	54
2002	18 316	14 544	1 666	552	167	117	144	–	39
2003	18 601	14 748	1 728	555	170	117	161	1	44

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Wohnen

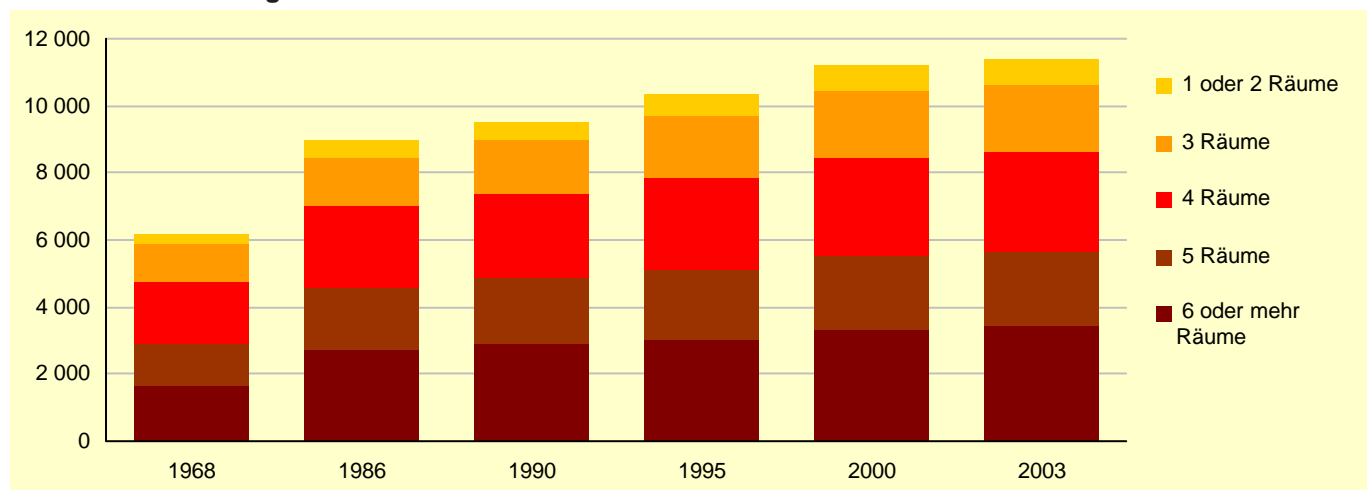
Der Wohnungsbestand Baden-Württembergs hat sich in den letzten 40 Jahren mehr als verdoppelt: 1961 gab es erst 2,3 Mill. Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, 2003 waren es bereits 4,8 Mill. Ursachen für diesen Anstieg sind im enormen Bevölkerungszuwachs sowie im Wiederaufbau der zerstörten Gebäude nach dem Zweiten Weltkrieg, im anhaltenden Trend zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt in der stetigen Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse zu sehen. So lag die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner noch Mitte der 80er-Jahre bei 36 m², zuletzt waren es bereits 41 m².

Was die Struktur der Wohngebäude angeht, so gab es Ende 2003 landesweit 58 % Einfamilienhäuser, 25 % Zweifamilienhäuser und 18 % Mehrfamilienhäuser. Dabei variiert die Gebäudestruktur zwischen den Kommunen des Landes erheblich. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Gemeinden des Landes deutlich höher als in den verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten war der Einfamilienhausanteil mit 91 % in Guggenhausen (Landkreis Ravensburg). Die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) hingegen hat mit nur 26 % den geringsten Anteil aufzuweisen, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart (30 %). Und wie sieht es in Ihrer Gemeinde aus?

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ²⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1961	2 975	1 258	42	650	22	370	12	5 242	381	.
1968	3 501	1 685	48	830	24	416	12	6 187	345	24
1986	4 635	3 010	65	996	21	629	14	8 989	260	36
1990	4 857	3 147	65	1 045	22	665	14	9 515	258	36
1995	5 055	3 210	64	1 116	22	729	14	10 363	248	37
1999	5 330	3 396	64	1 155	22	779	15	11 058	235	39
2000	5 420	3 457	64	1 176	22	787	15	11 231	234	40
2001	5 460	3 488	64	1 183	22	789	14	11 276	234	40
2002	5 508	3 519	64	1 189	22	800	15	11 365	234	40
2003	5 537	3 536	64	1 194	22	807	15	11 427	235	40

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Wasserwirtschaft

Die Trinkwasserversorgung der 1 111 Kommunen des Landes wurde 2001 von insgesamt 1 366 Wasserversorgungsunternehmen sichergestellt. Der überwiegende Teil (92 %) davon sind öffentliche Wasserversorgungsunternehmen, die insgesamt 690 Mill. m³ Wasser förderten. Fast ein Fünftel davon stammt aus der Bodensee-Wasserversorgung (BWV) in Sipplingen und gut 14 % aus der Landeswasserversorgung (LW).

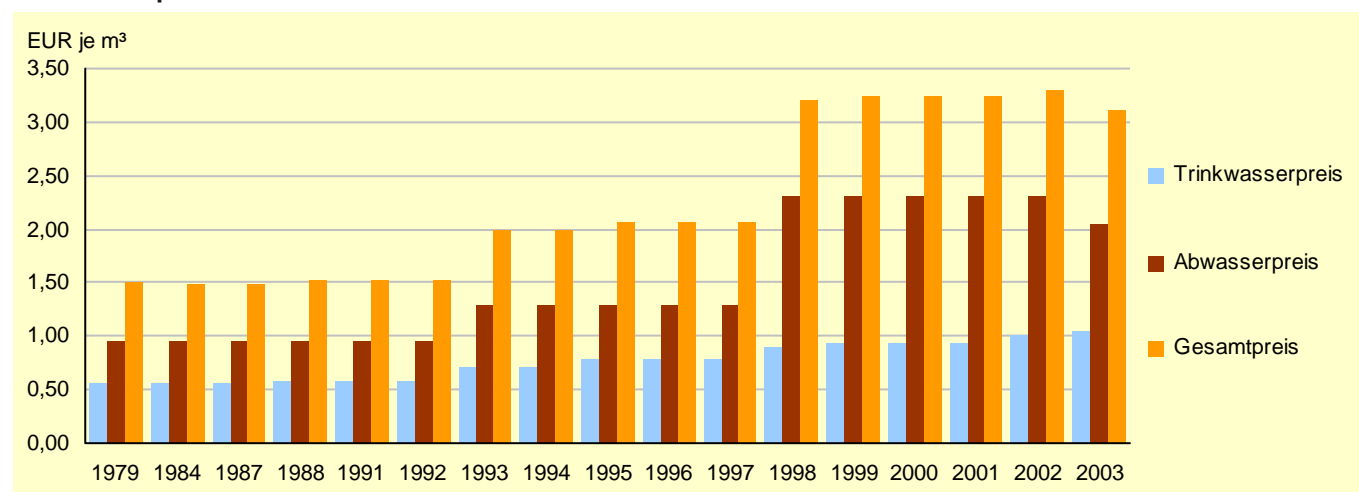
Der tägliche Wasserverbrauch der Privathaushalte und Kleingewerbe betrug 2001 im Landesdurchschnitt 124 Liter je Einwohner. 1979 lag der Pro-Kopf-Verbrauch im Land durchschnittlich noch bei 133 Liter. Die Gründe für die landesweite Abnahme liegen wohl im veränderten Verhalten der Verbraucher einerseits aufgrund gestiegener Preise und andererseits aufgrund des gestärkten Umweltbewusstseins.

Der Gesamtpreis für Trink- und Abwasser betrug 2003 im Landesdurchschnitt 3,78 Euro je Kubikmeter (ohne Grundgebühren). Die Wasserpreise variieren regional: Die Preisspanne reicht bei den einzelnen Kommunen des Landes von 1,58 Euro bis 6,52 Euro je Kubikmeter. Neben der Wasserqualität und der Wassermenge wirken sich auch die Versorgungsstruktur, die Anschlussdichte, der Zustand des Leitungsnetzes sowie die Höhe der Wasserverluste auf die Wasserpreise aus.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr ¹⁾	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis ⁴⁾	
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch ³⁾				
									1 000 m ³
							EUR je m ³ ⁵⁾		
1979	2 526	605	1 950	1 627	83	192	0,56	0,95	1,51
1983	1 831	226	1 623	1 181	73	141	0,55	0,95	1,49
1987	2 018	416	1 615	1 202	74	140	0,55	0,95	1,49
1991	2 046	289	1 776	1 447	81	159	0,57	0,95	1,52
1993	1 811	92	1 726	1 411	82	155	0,71	1,28	1,99
1995	1 807	107	1 685	1 340	80	147	0,79	1,28	2,07
1998	1 648	71	1 552	1 332	86	143	0,90	2,30	3,21
2001	1 637	103	1 526	1 295	85	135	0,94	2,30	3,24
2003	1,05	2,05	3,10

Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser



Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal

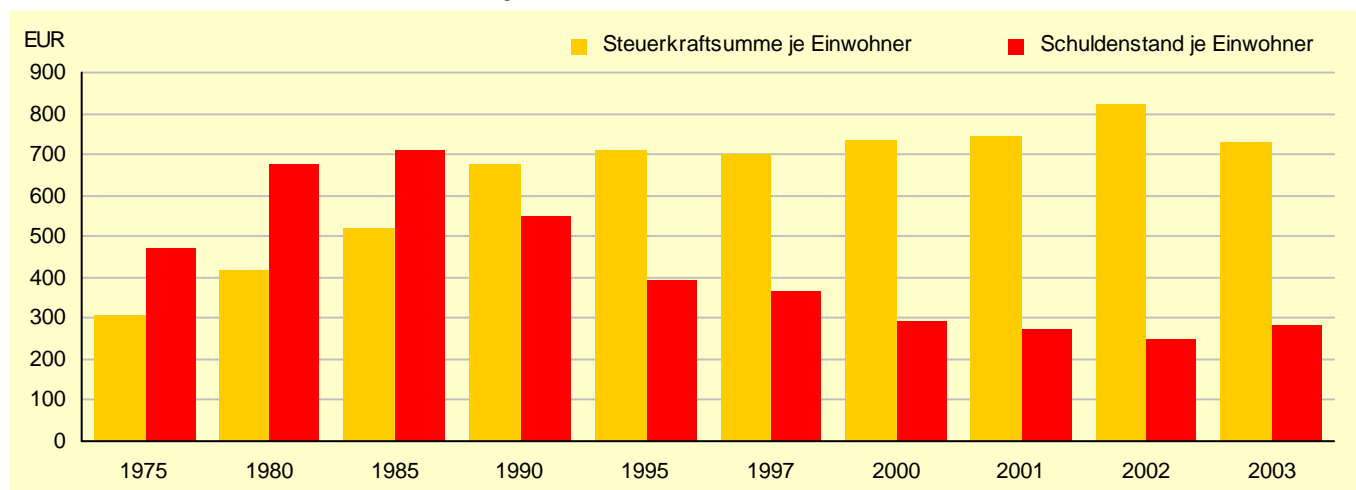
Die kommunale Finanzpolitik war nach der Jahrtausendwende geprägt von erheblichen Einschnitten und grundlegenden Veränderungen. Die Steuerkraftsumme, die die Finanzkraft der Städte und Gemeinden darstellt, wird durch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich Gewerbesteuerumlage), den Grundsteuern A und B – jeweils auf einheitliche Hebesätze umgerechnet –, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie den Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft bestimmt. Neben der Einnahmen-Ausgaben-Entwicklung ist vor allem die Verschuldung der Gemeinden in der öffentlichen Diskussion. Was allerdings die Vergleichbarkeit der Schuldenentwicklung im Zeitverlauf erschwert ist die Tatsache, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden, wobei ein Teil der Schuldenlast in diese Betriebe mit übertragen wurde.

Dies und eine in den 90er-Jahren einsetzende auf Konsolidierung bedachte Haushaltspolitik führten zwischen 1995 und 2003 zu einem Rückgang des Gemeindefinanzschuldenstands um immerhin 19 %. Im Jahr 2003 betrug die Gemeindefinanzschuldenlast je Einwohner im Landesdurchschnitt 563 Euro, 1995 lag der Schuldenstand der Kommunen noch bei durchschnittlich 714 Euro je Einwohner – bei allerdings deutlichen regionalen Unterschieden.

Kommunalfinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl ¹⁾		Steuerkraftsumme ²⁾		Schuldenstand ³⁾		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit- äquivalente ⁴⁾
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1975	5 093	221	7 067	307	10 945	473	195	.
1980	6 321	273	9 703	419	15 657	675	200	.
1985	8 758	380	12 005	520	16 403	712	225	.
1990	11 016	459	16 167	674	13 471	551	266	.
1995	13 403	520	18 325	711	10 171	395	296	.
1997	12 405	480	18 091	700	9 438	367	393	300
2000	12 662	488	19 106	736	7 668	294	354	301
2001	13 399	514	19 439	745	7 206	274	360	306
2002	14 205	540	21 555	820	6 620	250	363	306
2003	12 271	463	19 305	729	7 535	282	386	.

Steuerkraftsumme und Schuldenstand je Einwohner



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick ...

- 1) Im Schuljahr 2003/2004. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 2) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 3) Siehe unter Wohnen, Fußnote 2).
- 4) Siehe unter Kommunalfinanzien und Gemeindepersonal, Fußnoten 1), 2) und 3).
- 5) Alle Angaben zu Tourismus beziehen sich auf Beherbergungsstätten ab 9 Betten.
- 6) Geburtenrate: Zahl der Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.
- 7) Siehe unter Wahlen, Fußnote 1).

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; ab 1990 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

Bildung

- 1) Öffentliche und private Schulen; Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Schüler an öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen.
- 3) Wöchentliche Unterrichtsstunden der teilzeit- und sonstigen beschäftigten Lehrer (einschließlich der Ermäßigungen und Anrechnungen) sowie die Überstunden der vollzeitbeschäftigten Lehrer wurden in Vollzeitlehrer umgerechnet.
- 4) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 5) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Wahlen

- 1) Stimmen ohne Briefwähler; Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteil.
- 2) Bei Europawahlen FDP.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gemeinde (Arbeitsortkonzept). Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen.
- 2) Wirtschaftszweigsystematik 1970 (WZ 70); seit 1999: WZ 93; Die sachliche Untergliederung nach den verschiedenen Systematiken ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.
- 3) Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.
- 4) Arbeitslose mit einer Arbeitslosigkeit von über 1 Jahr.

Verkehr

- *) Quelle: Kraftfahrtbundesamt.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: Juli; ab 2001: Januar.
 - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.
 - 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.

Wohnen

- 1) 1961 und 1968: Es wurden nur nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude nach Gebäudeart differenziert.
- 2) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Wasserwirtschaft

- 1) Wasserpreise 1983: Erhebungsjahr ist 1984.
- 2) Leitungsverluste, einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Je Einwohner und Tag.
- 4) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren.
- 5) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001 DM in Euro umgerechnet.

Kommunalfinanzien und Gemeindepersonal

- *) Bis 2001 in Euro umgerechnete DM-Werte.
- 1) Steuerkraftmesszahl: Einnahmekraft der Gemeinde (Gewerbesteuer, Grundsteuern auf landeseinheitliche Hebesätze umgerechnet, Einkommensteueranteil).
 - 2) Steuerkraftsumme: Finanzkraft der Gemeinde (Steuerkraftmesszahl + Schlüsselzuweisungen).
 - 3) Schuldenstand: Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten ohne Schulden der kommunalen Wirtschaftsunternehmen.
 - 4) Vollzeitäquivalente (VZä): Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor.

Erläuterungen und Definitionen

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Unter „Beschäftigte“ werden hier die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verstanden, d.h. alle Arbeiter und Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in Renten-, Kranken- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind damit grundsätzlich Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte. Die Beschäftigten werden nicht am Wohnort, sondern am Arbeitsort gezählt.

Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Ab dem Stichtag 30.09.1998 wurde der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 1993 (WZ 93)“ umgestellt. Diese Neuverschlüsselung brachte beträchtliche Änderungen in der wirtschaftsfachlichen Zuordnung mit sich. Dadurch sind die Ergebnisse nach WZ 93 auch bei gleich lautenden Bezeichnungen einzelner Gliederungen nur bedingt mit denen der bisherigen Systematik (WZ 70) vergleichbar. Des Weiteren wurde mit dem Stichtag 30.06.2003 der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 (WZ 2003)“ umgestellt.

Hinweis: Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik haben bis drei Jahre nach dem Stichtag vorläufigen Charakter. Die Bundesagentur für Arbeit behält sich vor, diese innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren bei wichtigem Berichtigungsbedarf zu korrigieren. Nach Ablauf der „Drei-Jahres-Frist“ erhalten die Ergebnisse den Status „endgültige Ergebnisse“.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen die Angehörigen der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

Fläche

Bei der Flächenerhebung erfolgt die Datenerfassung unter Zugrundelegung der Werte des Liegenschaftskatasters der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus der Gebäude- und Freifläche, der Betriebsfläche ohne Abbau (z.B. Kiesgruben), der Erholungsfläche, der Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche zusammen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist nicht identisch mit der bebauten bzw. versiegelten Fläche.

Haupterwerbsbetriebe

Seit 1999 werden zu den Haupterwerbsbetrieben alle Betriebe mit 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten (AK-Einheit) und mehr oder 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten und einem Anteil des betrieblichen Nettoeinkommens am gesamten Einkommen von 50 Prozent und mehr gezählt. Eine AK-Einheit ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Person. Beschäftigte, die nicht im Betrieb vollbeschäftigt sind, werden entsprechend ihrer Arbeitszeit auf AK-Einheiten umgerechnet.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfasst Ackerland, Dauergrünland und Dauerkulturen (Rebland, Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes) und Haus- und Nutzgärten ohne Ziergärten. Sämtliche zu einem Betrieb gehörigen Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip). Darum ist die LF nicht identisch mit der Landwirtschaftsfläche.

Langzeitarbeitslose

Als Langzeitarbeitslose gelten alle registrierten Arbeitslosen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Arbeitsämtern gemeldet waren.

Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe (z.B. Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen) und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Pendler/Pendlersaldo

Pendler sind hier sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen, sondern diesen im Berufspendlerverkehr regelmäßig aufsuchen. Jeder Pendler wird in seiner Arbeitsgemeinde/seinem Arbeitskreis als Einpendler, in seiner Wohngemeinde/seinem Wohnkreis als Auspendler registriert. Bewohner von Freizeitwohnungen und Wehrpflichtige zählen nicht zu den Pendlern. Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Räume

Räume sind alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m² oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

Steuerkraftmesszahl

Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres.

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

Hierzu zählen alle Straßenverkehrsunfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen verunglückt sind, d. h. getötet oder verletzt wurden. Datengrundlage sind Meldungen der Polizei. Als bei Straßenverkehrsunfällen getötet gelten Personen, die auf der Stelle

getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen starben. Als bei Straßenverkehrsunfällen verletzt gelten Personen, die unmittelbar in Krankenanstalten für mindestens 24 Stunden zur stationären Behandlung eingeliefert wurden (Schwerverletzte) oder Personen, deren Verletzungen keinen bzw. einen Krankenhausaufenthalt von weniger als 24 Stunden erforderten (Leichtverletzte).

Vollzeitäquivalente

Die Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die Vollzeitäquivalente (Vzä) stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime.



Statistisches
Landesamt
Baden-Württemberg

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Boblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711 / 641-0 Zentrale
Telefax 0711 / 641-2440
E-Mail poststelle@stala.bwl.de

Schnell, aktuell und rund um die
Uhr können Sie sich auf unseren
Internetseiten informieren:

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-2833, Telefax -2973

Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für jedermann
Telefon 0711/641-2876, Telefax -2973

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-2451, Telefax -2940

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-2866, Telefax 60 18 74 51

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-2440
E-Mail poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de